13. Oktober 2023

Hendrik Wüst (CDU), Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Am Telefon ist einer der Teilnehmer der Ministerpräsidentenrunde, Hendrik Wüst von der CDU, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Guten Morgen, Herr Wüst!

Hendrik Wüst: Schönen guten Morgen!

Engels: Das Thema Migration steht ganz oben bei Ihnen auf der Agenda. Die Ampel-Koalition plant unter anderem, dass abgelehnte Asylbewerber, die ausreisepflichtig sind, in vielen Fällen nicht mehr vorgewarnt werden, wenn ihre Abschiebung bevorsteht, dass die Behörden Ausreisepflichtige umfassender suchen können und dass sie auch länger in Ausreisegewahrsam genommen werden können. Stimmen Sie zu?

Wüst: Das ist eine Umsetzung dessen, was wir im Mai schon verabredet haben mit der Bundesregierung, dass Menschen schneller unser Land wieder verlassen müssen, die kein dauerhaftes Recht haben, hier zu sein. Und es ist Teil einer ganzen Reihe von Verabredungen, die sich alle darum drehen, dass wir uns schon zumuten, besser zu unterscheiden zwischen den Menschen, die alle gute Gründe haben mögen, bei uns leben zu wollen, aber kein Recht haben, hier zu sein, und denen, die wirklich vor Krieg und Vertreibung fliehen. Dazu gehört auch, dass Menschen dieses Land verlassen müssen, wenn ihr Asylrecht geprüft und abgelehnt worden ist.

Engels: Ihr Kollege im Ministerpräsidentenamt Kretschmer aus Sachsen sagt, es komme vor allen Dingen darauf an, die Zahlen schnell zu senken. Wird das dafür ausreichen?

Wüst: Das ist ein Teil, aber noch nicht alles. Vor allen Dingen geht es darum, irreguläre Migration zu senken, die Zahlen runterzukriegen von den Menschen, die kein Recht haben, hier zu sein. Bei dem ersten Punkt, den Sie angesprochen haben, geht es um Ausreise, um Abschiebung, aber Michael Kretschmer hat recht, wir müssen irreguläre Migration beenden, damit wir den Menschen wirklich noch gerecht werden können, die wirklich unsere Hilfe brauchen, weil sie vor Krieg und Vertreibung fliehen. Das können wir an vielen Stellen kaum noch oder gar nicht mehr, weil so viele Menschen gekommen sind, dass die Kommunen, dass

auch viele, die in der Flüchtlingshilfe helfen – alle wollen helfen -, uns sagen, sie können nicht mehr.

Engels: Nun plant die Ampel auch, dass diejenigen, deren Antrag noch nicht entschieden ist oder die gar das Recht haben, hier zu bleiben, früher das Recht bekommen, hier arbeiten zu dürfen. Aus der Union gibt es dazu Widerspruch. Warum?

Wüst: Ich glaube, dass schon die Menschen arbeiten sollen, wenn sie dauerhaft hier bleiben können. Aber die Unterscheidung muss man, glaube ich, da schon noch weitgehend machen, denn wir wissen doch alle, was passiert, wenn Menschen, die eigentlich kein Bleiberecht haben, auf einmal arbeiten und integriert sind. Dann wird es mit der Ausreise auch wieder schwierig. Ich glaube, da muss man wirklich dafür sorgen, dass die Verfahren schneller werden, die Menschen schneller Klarheit haben und dann auch schneller in Arbeit integriert werden. Ich glaube, so klar muss man da schon noch unterscheiden dürfen.

Engels: Aber ist das nicht pragmatisch und entlastet die Kommunen finanziell vor dem Hintergrund von Arbeitskräftemangel und dem Versuch, schneller Menschen zu integrieren, wenn man die Menschen hier schneller arbeiten lässt, und wird dieser angebliche Pull-Faktor, wonach noch mehr Menschen angezogen würden, nicht übertrieben?

Wüst: Ich glaube nicht, dass das übertrieben wird, denn viele Menschen, die sich auf den Weg zu uns machen, zahlen Schleppern horrende Summen, müssen das zurückbezahlen. Insofern ist das schon relevant, in welchem Land man möglichst schnell dieses Geld erwirtschaften, erarbeiten kann. Ich glaube aber, das ist eine falsche Debatte. Wir müssen erst mal dafür sorgen, dass weniger Menschen zu uns kommen, die dauerhaft nicht bleiben können, dass dann unsere Verfahren schneller werden, dass wir auch da noch mal besser werden beim Tempo der Verfahren - insbesondere bei Menschen aus Ländern, die bisher eine geringe Anerkennungsquote haben. Das ist das Schlagwort sichere Herkunftsländer. Am individuellen Recht auf Asyl darf nicht gerüttelt werden, aber wenn 95 Prozent der Menschen aus einem Land keinen Asylgrund haben, glaube ich, gibt es schon Anlass genug, da mal zügiger zu werden. Und wenn dann Klarheit herrscht, dann sollen die Leute auch arbeiten. Ich glaube, das ist richtig.

Engels: Das heißt, Sie unterstützen auch diesen Vorschlag, der diskutiert wird, wenn Länder mit einer Anerkennungsquote von nur fünf Prozent in Rede stehen, dann sind das Länder, die automatisch als sichere Herkunftsstaaten gelten sollten?

Wüst: Ja. Das heißt aber konkret: Wenn jemand verfolgt wird – fünf Prozent, das können auch eine Menge Menschen sein mit individuellen Schicksalen -, dann gilt immer noch das Individualrecht auf Asyl. Aber man hat generell ein schnelleres Verfahren, schneller Klarheit und dann auch wieder mehr Platz, mehr Kapazitäten für die Menschen, die wirklich unsere Hilfe brauchen. Darum geht es immer, darum, dass wir wirklich helfen wollen, aber bitte denen, die ein Recht auf Asyl haben, weil sie vor Krieg und Vertreibung fliehen, und andere müssen dieses Land, wenn sie hier sind, verlassen oder sollen erst gar nicht kommen.

Engels: Unter den Ländern wird nun auch diskutiert, Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten. Welche Tätigkeiten schweben Ihnen da vor?

Wüst: Ich glaube, das kann ganz unterschiedlich sein in einer Stadt, beispielsweise selber zu helfen in und um die Unterkünfte. Damit kann es schon ganz niederschwellig anfangen, wenn es um gemeinnützige Arbeit geht. Ich glaube, da ist eine Menge Arbeit, die da ist, aber die nicht erledigt werden kann, weil die Kommune das Geld nicht hat, und die Leute wollen doch ganz oft was tun. Wenn Leute im besten Alter in Unterkünften sind, denen fällt oft die Decke auf den Kopf. Deswegen finde ich die Idee grundsätzlich gut.

Engels: Aber benötigt man für eine solche Organisation von gemeinnütziger Arbeit, wenn es um mehr geht als nur rund um die eigenen Einrichtungen etwas Ordnung zu halten, nicht auch wieder Bürokratie und Kontrolle? Ist das nicht ein wohlfeiler Vorschlag, der aber nicht leicht umsetzbar ist?

Wüst: Wir sind aber in einer Phase, wo allein seit Mai, seit viele der Verabredungen bis heute nicht umgesetzt worden sind, 270.000 Menschen gekommen sind. Nur weil etwas mehr Hirnschmalz erfordert, um es gut umzusetzen, sollten wir nicht von vornherein sagen, das wird kompliziert, das lassen wir mal. Wir sind längst aus der Situation raus, dass es hier um Komfortzone geht. Alle Helferinnen und Helfer sind am Limit. Die Akzeptanz schwindet. Am Wochenende hat es enorme Stimmenzuwächse für die AfD gegeben und das sollte uns allen zu denken geben und auch dazu anspornen, wirklich gute Lösungen zu finden, dass weniger Menschen kommen, dass es mehr Akzeptanz gibt für die Menschen, die da sind. Da dürfen wir uns es nicht zu leicht machen.

Engels: Sie sagen, man sollte auch mal durchaus komplexere Themen durchdenken. Jetzt sagt der Bund, die Länder sollten in diesem Zusammenhang von ihrem Recht mehr Gebrauch machen, an Asylbewerber nicht Geld, sondern vorwiegend Sachleistungen auszugeben. Das wird noch nicht so gemacht, eigentlich kaum. Warum nicht?

Wüst: Na ja. Ehrlich gesagt haben wir in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass der Aufwand hoch und der Erfolg gering ist. Aber wir wollen uns dem gerne stellen. Ich wäre sehr dafür, dass wir eine bundeseinheitliche Bezahlkarte bekommen, die sicherstellt, dass das Geld wirklich bei den Menschen landet, für die es gedacht ist. Auch da, glaube ich, müssen wir uns dem stellen, dass wir was Neues denken, möglich machen, umsetzen, was wir bisher aus verschiedenen Gründen nicht gemacht haben.

Engels: Gibt es vielleicht einen Kuhhandel? Leisten Sie die Umstellung auf Sachleistungen dann, wenn Sie für die Unterbringung von Migranten insgesamt mehr Geld vom Bund bekommen, Wie Sie das schon lange fordern?

Wüst: Wir müssen schon auch über Geld reden. Das stimmt. Von Kuhhandel zu sprechen, halte ich nicht für richtig. Wir müssen alle gemeinsam jetzt bei diesem Thema dafür sorgen, dass wir schnelle Ergebnisse kriegen, wenn wir der Überlastung der Kommunen und all derer, die helfen, was entgegensetzen wollen. Von Kuhhandel möchte ich da nicht sprechen. Geld ist aber auch ein Thema. Wir in Nordrhein-Westfalen kriegen rund 800 Millionen Euro vom Bund und geben 2,4 Milliarden Euro, das Dreifache an die Kommunen weiter. Insofern ist Geld auch ein Thema, das stimmt, und das muss auch gelöst werden. Wir sind mit dem Bundeskanzler wieder verabredet Anfang November. Das ist der letzte Zeitpunkt, wo wir wirklich hier auch klare Beschlüsse brauchen.

Engels: Sie verlangen als Union schon lange schnellere Abschiebungen. Aber ist das nicht auch wohlfeil, weil viele Staaten ihre Bürger nicht zurücknehmen und Rückführungsabkommen dauern eine Zeit und mühsam sind sie auch zu verhandeln?

Wüst: Ja! Aber ich kann nicht erkennen, dass daran was wohlfeil ist, wenn man sich etwas vornimmt, das notwendig ist, um ein Problem zu lösen.

Engels: Es ist deshalb wohlfeil, weil andere internationale Staaten andere Interessen haben.

Wüst: Ja. Die haben aber wiederum auch Interessen, die sich an uns richten, und da muss man dann zusammenkommen. Das ist ja die Idee beispielsweise der Migrationsabkommen, des EU-Türkei-Abkommens. Das ist schlicht notwendig, dass wir das hinkriegen, weil das ist das einzige, was wirklich signifikant Entlastung bringt und - ich sage es noch mal – am Ende

uns die Potenziale gibt, den Menschen zu helfen, die wirklich vor Krieg und Vertreibung fliehen. Darum geht es und deswegen muss man sich dem stellen. Nur weil was schwieriger ist, können wir die Situation doch nicht einfach so weiterlaufen lassen. Ich nehme wahr, dass Joachim Stamp, der Zuständige in der Bundesregierung, dafür sich wirklich müht, die ersten Abkommen hinzukriegen. Wir brauchen mehr und vielleicht muss dann auch mal ein Bundeskanzler selber sich darum kümmern und mit den führenden Menschen in den entsprechenden Ländern sprechen und Vereinbarungen treffen. Das ist ein ganz zentraler Schlüssel dazu, das Problem zu lösen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.